

Pressemitteilung

44. Andechser Europatag am 24./25. Oktober 2015 zu 70 Jahren UN-Charta und der aktuellen Krise

UN-Reform und Flüchtlingsströme

70 Jahre nach ihrer Gründung müssen die Vereinten Nationen nach Ansicht des Präsidenten der Paneuropa-Union Deutschland und langjährigen Europaabgeordneten Bernd Posselt grundlegend reformiert werden, „da sie noch das Produkt einer eurozentrischen Welt sind und außerdem in ihrer Friedensfunktion von Vetomächten wie Rußland und China massiv blockiert werden.“ Dies wirke sich im Moment ganz konkret in Syrien aus. Beim 44. Christlichen Europatag der überparteilichen Paneuropa-Union im Kloster Andechs forderte Posselt, die EU als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat aufzunehmen sowie das Veto-Recht der Gründerstaaten zumindest abzuschwächen, wenn Genozid, Völkermord und Vertreibung drohten. Um eine solche Reform der Weltorganisation zu erreichen, müsse sich die EU mit den großen Schwellen- und Entwicklungsländern verbünden, die ebenfalls einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstreben.

Posselt warnte vor einer weltanschaulichen Polarisierung „in den an sich nützlichen Fachorganisationen der UNO, die auf ihren sachlichen Kern zurückgeführt werden müssen.“ So sei es nicht die Aufgabe der Weltgesundheitsorganisation, die Legalisierung von Cannabis zu propagieren, und nicht der Sinn von Weltbevölkerungsprogrammen, die Liberalisierung der Abtreibung zu verfechten. Die UNO müsse ohne Vereinheitlichungswahn die verschiedenen Kulturen und Religionen im Dialog zusammenführen, „denn wenn diese wie tektonische Platten auseinanderdriften, droht ein Bürgerkrieg im wirtschaftlich schon vorhandenen „globalen Dorf“. Die Vereinten Nationen von heute hätten ihre Wurzeln in der uralten menschlichen Sehnsucht nach einem übernationalen Friedensstifter. Die japanischen und chinesischen Kaiser hätten vielfach kraft ihrer Autorität als „Söhne des Himmels“ die verschiedenen Territorialherren zusammengehalten, ohne echte exekutive Befugnisse zu besitzen. Der persische und der äthiopische „König der Könige“ hätten ebenso wie der „Römische Kaiser“ des Abendlandes eher als Schiedsrichter denn als Machtpolitiker gewirkt. Zur Integration der Völker trage auch die Konzeption eines universalen Naturrechts, das es in antiker, islamischer und christlicher Ausprägung gebe, sowie das moderne Völkerrecht und die Menschenrechtsidee bei, die sich, wenn auch unter Schmerzen, in der frühen Neuzeit aus dem Christentum entwickelt hätten. Heute gehöre es zu den „wichtigsten Zukunftsaufgaben von UNO und EU, Herausforderungen wie die Failing States auf vielen Kontinenten, die sich epidemisch ausbreitenden Kriege sowie das Weltflüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen.“

In seinem Referat über Paneuropa und den Völkerbund unterstrich der internationale und deutsche Paneuropa-Vizepräsident Dirk H. Voß, daß der Krieg nicht Vater, sondern Ende aller Dinge sei – ein Scheitern der Politik. Der Völkerbund sei zur Verhütung militärischer Konflikte vom US-Präsidenten Woodrow Wilson in seinen berühmten 14 Punkten zur Beendigung des Ersten Weltkrieges verankert und dann zum Bestandteil der Pariser Vorortverträge geworden. Er stehe damit in der Tradition der Schlußakte des Wiener Kongresses hundert Jahre zuvor. Damals hätten die sieben Signatarmächte die erste übernationale Staatenordnung der europäischen Geschichte geschaffen und die anderen Staaten dann dazu eingeladen, ihr beizutreten, wie dies heute bei EU-Erweiterungen geschehe. Nach über 50 Jahren sei diese Staatenordnung jedoch zerbrochen, weil sie anders als die heutige EU nicht über handlungsfähige supranationale Organe verfüge. Dies sei auch eine Schwäche der UNO.

Voß sprach sich gegen einen Weltstaat mit dem Argument aus, es gebe dann keinen Ort mehr, wohin man fliehen könne. Die UNO sei aber geeignet zum Bindeglied zwischen den verschiedenen Kontinentaleinheiten, die wiederum, wie die EU, föderalistisch nach dem Prinzip der geteilten Souveränität organisiert sein sollten. Der bayerische Paneuropäer wandte sich gegen Grenzzäune an den EU-Binnengrenzen, griff aber gleichzeitig eine 17 Jahre alte Forderung von Bernd Posselt nach einem „Europäischen Bundesgrenzschutz“ auf. Erst jüngst habe er in Kanada gesehen, wie selbstverständlich für die USA stark gesicherte Außengrenzen seien. Daran solle sich die EU orientieren, um Kontrollen an den Binnengrenzen überflüssig zu machen.

Prof. Sven Gareis, Vizedekan des George C. Marshall European Center for Security Studies, beschrieb schonungslos die Schwächen der derzeitigen UNO-Struktur, lobte aber auch ihre „Akteursqualitäten“ bei der Friedenssicherung, im Menschenrechtsschutz oder bei der Weltklimapolitik. Bei der Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen 1971 habe Bundeskanzler Willy Brandt die UN-Gründung als „Sieg der Vernunft“ bezeichnet. Wenn immer wieder die Rede davon sei, daß die Sanktionsmechanismen der Weltorganisation wirkungslos seien, so habe zum Beispiel das Einlenken des Iran im Atomstreit in den letzten Monaten das Gegenteil bewiesen. Gareis schilderte die historische Entwicklung der UNO, die noch vor dem ersten Atombomben-Abwurf entstand, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ihre Rolle bei der Dekolonisierung, die zu einer sprunghaften Vergrößerung der Zahl der Mitgliedstaaten geführt habe, sowie im Kalten Krieg. Nach dessen Ende habe man sich von der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes eine größere Handlungsfähigkeit des Weltsicherheitsrates versprochen. Diese sei durch die derzeitige Spannung zwischen Rußland und dem Westen nicht mehr gegeben. Mit dem Zerfall Jugoslawiens habe sich für die UNO zunehmend die Frage gestellt, inwieweit man zur Lösung eskalierender innerstaatlicher Konflikte beizutragen dürfe oder müsse. Dies habe zur Entwicklung des Prinzips der internationalen Schutzverantwortung und zur Errichtung von internationalen Strafgerichtshöfen gegen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen geführt.

Klaus Prömpers, langjähriger ZDF-Korrespondent am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York, schilderte deren Arbeitsweise aus der Sicht eines Praktikers. Der UNO falle es in Krisensituationen schwer, grundlegende Entscheidungen zu treffen, weil sie 193 Mitgliedstaaten und im Sicherheitsrat fünf Veto-Mächte habe. Palästina und der Heilige Stuhl besäßen Beobachterstatus. Das Verhältnis von UNO und EU betreffend verwies Prömpers auf die Tatsache, daß die Genfer Menschenrechtskonvention im Lissabon-Vertrag verbindlich verankert sei. Die Europäische Union verfüge in New York außerdem über eine hervorragende und zahlreiche Mitarbeiter umfassende Botschaft bei der UNO. Auf etlichen Fachgebieten seien es inzwischen die EU-Kommissare, die dort die Interessen der europäischen Staaten verträten. Bei aller Kritik an der Weltorganisation solle man sich an den Ausspruch ihres ersten Generalsekretärs Dag Hammarskjöld erinnern, die UNO sei nicht dazu da, den Himmel auf Erden zu schaffen, sondern vor der Hölle zu bewahren. Prömpers berichtete, daß ein Jahr vor dem Ausscheiden des derzeitigen UN-Generalsekretärs heftige Personalspekulationen ausgebrochen seien, wobei mehrere Kandidaten aus den Ländern Mittel- und Osteuropas genannt würden. Für einen Journalisten sei es trotz der vielfältigen Berichterstattungsfelder nicht immer einfach, bei den heimischen Redaktionen Interesse für die Tätigkeiten der Weltorganisation zu wecken.

Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer MdL, rief EU und Bundesbehörden zu planvollen Handlungen bei der derzeitigen größten Flucht- und Vertreibungswelle seit dem Zweiten Weltkrieg auf, weil sonst das Vertrauen der Staatsbürger in die Politiker gefährdet sei. Er kritisierte heftig die Untätigkeit meist reicher arabischer Staaten wie Saudi-Arabien oder Qatar. Verantwortungslos seien auch jene westlichen Länder, die es verabsäumten, die

versprochenen Beiträge an die Töpfe der Weltflüchtlingsorganisation UNHCR zu leisten, weswegen die Lager im Libanon, in Jordanien und in der Türkei, wo Millionen von Syrern untergebracht seien, die Menschen nicht mehr ausreichend ernähren könnten. Neumeyer ging sowohl auf jene ein, die als echte Vertriebene aus Syrien kommen, als auch auf Europäer aus den sicheren Herkunftsstaaten des Balkan. Erstere müßten durch Bildung und einen Pakt mit der Wirtschaft so rasch wie möglich integriert und von zweiteren getrennt werden, die keine Bleibechance hätten und rascher als bisher zurückgeführt gehörten. Das jetzt verabschiedete Asylpaket werde dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Die Menschen vom Balkan könnten zwar kein Asyl erhalten, sollten aber, wenn sie über entsprechende Qualifikationen und Stellenangebote in Deutschland verfügen, mit mehrjährigen Arbeitserlaubnissen ausgestattet werden. An die unmittelbaren Nachbarn Bayerns, nämlich Österreich und die Tschechische Republik, appellierte der aus Niederbayern stammende Neumeyer, sich künftig wesentlich stärker um die Flüchtlingsthematik zu kümmern und aktiv zu ihrer Bewältigung beizutragen.

Der Cellerar der Andechser Benediktiner, Pater Valentin Ziegler, hieß die fast 200 Teilnehmer des Europatages mit einem geistlichen Grußwort auf Bayerns Heiligem Berg willkommen. Ausgehend von den Worten des Propheten Kohelet, daß es für alles die richtige Zeit gebe, erinnerte er daran, daß es Flucht immer gegeben habe, „wenn auch für uns zum Teil nicht so sichtbar. Jetzt sind die Flüchtlinge hier bei uns.“ Deshalb sei es nötig, die eigenen Werte und Überzeugungen aufrechtzuerhalten und weiterzugeben. Es gelte, Radikalisierungen entgegenzutreten und „den Gedanken des vereinten Europa aufleuchten zu lassen“, an dem viele mitgewirkt hätten, und „deutlich zu sagen, wie wir unser Europa bauen wollen“. Mit demselben Thema aus einer anderen Perspektive befaßte sich der Film „Zwischen Verlust und Verantwortung – Die Vertriebenen und ihre Heimat“ von Dr. Martin Posselt (ARD-alpha), der im Klostergasthof gezeigt wurde und vor allem die Geschichte der vertriebenen Sudetendeutschen und ihr Verhältnis zur alten und zur neuen Heimat behandelt.

Der Pfarrer der Prager deutschsprachigen Gemeinde, Pater Martin Leitgöb, hielt den Festgottesdienst zu Ehren der Heiligen Hedwig in der Andechser Wallfahrtskirche.

Das anschließende Podium „Die Welt zerfällt – was tut Europa?“ moderierte der Bundesvorsitzende der Paneuropa-Jugend, Franziskus Posselt. Er wies auf Krisensituationen und Kriegszustände in der Ostukraine, dem Kaukasus, im Nahen und Mittleren Osten sowie im Norden und weiteren Teilen Afrikas hin, die dazu beitragen, daß es mit fast 60 Millionen so viele Flüchtlinge und Vertriebene gebe wie seit nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Er definierte daraus zwei Herausforderungen für Europa: „Wie gehen wir nach außen damit um? Und wie können wir Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, aufnehmen und integrieren?“

Die bosnische Muslimin Nermina Idriz verwies darauf, daß sie zu den 500 000 Flüchtlingen gehört habe, die Deutschland im Bosnienkrieg aufgenommen habe, und dankte Gott für die Chance, hier ein „zweites Leben geschenkt bekommen“ zu haben. In Bosnien-Herzegowina hätten über 600 Jahre lang Muslime in Freundschaft mit Christen und Juden gelebt, bis das Land in politischen Unruhen zerfallen sei. In Deutschland lebten 4 Millionen Muslime, ihre Gemeinden seien als Vereine organisiert, und zwar meist nach Nationalitäten. In dieser Hinsicht sei die muslimische Gemeinde in Penzberg, deren Integrations-, Bildungs- und Sozialreferentin Nermina Idriz ist, in Deutschland modellhaft, weil sie aus verschiedenen Nationalitäten bestehe und man durch den Umgang miteinander, den Dialog und das Sich-Öffnen für die Unterschiede der Mit-Muslime auch dazu gelangt sei, sich auf ein Leben als Muslime in Deutschland einzustellen, was sinnvoll und sehr gut mit islamischen Vorstellungen vereinbar sei.

Der sicherheitspolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Michael Gahler MdEP, zeigte sich zufrieden über die Geschlossenheit der EU gegenüber der russischen Aggression in der Ukraine, die zu deren Stabilisierung erheblich beigetragen und zumindest bisher weitere Vorstöße Putins verhindert habe. Es gebe in Deutschland und Frankreich gewisse Zögerlichkeiten, unbequeme Positionen längere Zeit beizubehalten, aber man dürfe sich nicht auf eine bequeme politische Schonhaltung zurückziehen, sondern müsse auf die Bereinigung der Probleme bestehen. Darin decke sich die Haltung des Europaparlamentes mit der von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst habe die EU ein sehr kompetentes Analysezentrum geschaffen, das etwa in Afrika nicht mehr auf die Informationen und Netzwerke der alten Kolonialmächte angewiesen sei, sondern die verschiedenen Standpunkte und Einblicke der Europäer zusammenführe. Nun gelte es aber von der Analyse zur Handlungsfähigkeit zu schreiten, denn nur durch rasches und rechtzeitiges Handeln könne Konfliktprävention gelingen und kriegsrische Eskalation verhindert werden. Der Vizepräsident der Paneuropa-Union Deutschland sprach sich für die Einberufung einer Syrien-Konferenz aus, an der alle relevanten Mächte und Kräfte mitwirken müssten, „am Anfang wohl auch Assad, womit nicht gesagt sein soll, daß er am Ende auch noch am Tisch sitzen wird.“

Andreas Raab, langjähriger OSZE-Beobachter auf dem Balkan und zuvor lange mit der Caritas in Bosnien engagiert, verglich die Zerfallskriege des ehemaligen Jugoslawien mit dem Konflikt in Syrien. Als der Krieg 1991 in Slowenien und Kroatien begonnen habe, sei er klein und überschaubar gewesen, aber daß Deutschland und Frankreich auf verschiedenen Seiten standen, habe Milošević Auftrieb gegeben. Die Flüchtlinge 1991/92 aus Kroatien, dann aus Bosnien und schließlich 1998/99 aus dem Kosovo seien als Kontingentflüchtlinge in die EU gekommen, mit Duldung, solange der Krieg währte. So seien Kroaten schon ab 1994 in sichere Gebiete zurückgegangen. Die EU habe Beobachter entsandt – „das fehlt heute auf der Balkanroute, wo oft ein Land nicht weiß, wie viele heute aus dem Nachbarland kommen.“ Die Unterbringung in Flüchtlingslagern sowie die direkte Evakuierung in die Aufnahmeländer habe funktioniert, die großen internationalen Flüchtlingsorganisationen seien vor Ort gewesen – „da hat sich etwas zurückentwickelt“. Später hätten EU und Amerikaner auch Mittel gefunden, in den Konflikt einzugreifen und ihn zu beenden. In Syrien sei jedoch im Moment die Einrichtung von Schutz- und Flugverbotszonen wegen der militärischen Präsenz Rußlands schwer durchzusetzen.

Der Staatssekretär im Bayerischen Sozialministerium Johannes Hintersberger bezeichnete angesichts der vielen Gefahren und der Flüchtlingskrise ein starkes Europa als Überlebensfrage. Dessen Kernidee sei aber Solidarität, und diese lasse derzeit viel zu wünschen übrig. Deshalb sei die Paneuropa-Union von so großer Bedeutung für die Zukunft aller Europäer und einer internationalen Friedensordnung. Zur Flüchtlingsfrage meinte der dafür zuständige Staatssekretär: „Jeder Flüchtling ist zunächst einmal ein Mensch und bedarf daher der Hilfe. Punkt!“ Gleichzeitig gelte es aber die Kontrolle der Außengrenzen, die Lastenteilung und die Steuerung der Flüchtlingsströme besser zu regeln, „denn es ist unsere Verantwortung, diese Gesellschaft zusammenzuhalten und Radikalisierung oder Spaltung zu verhindern.“ Ohne diesen Zusammenhalt sei eine lebendige Integration nicht zu gewährleisten. Hintersberger rief dazu auf, gemeinsam mit den USA und den arabischen Staaten die kriegsrischen Auseinandersetzungen im Maschrek und in Nordafrika sobald wie möglich als Fluchtursache auszuschalten.

Der Ukrainische Generalkonsul in München, Vadym Kostiuk, betonte, daß es beim Krieg in der Ukraine nicht um Religion oder Nationalität gehe – beide Seiten seien orthodox und slawisch -, sondern um die Weltanschauung. Die Ukraine habe sich entschieden, die europäischen Werte zu übernehmen, und verteidige sie auch militärisch gegen den russischen Imperialismus. Bisher gebe es ca. 10 000 Tote sowie viele Flüchtlinge, die aber in der Ukraine blieben. Kostiuk dankte der

Bundesregierung und dem GIZ für ihre Hilfe, insbesondere in Form von Containersiedlungen, und wies auf die Besuche der bayerischen Europaministerin Beate Merk sowie einer Delegation des Bayerischen Landtags unter dessen Präsidentin Barbara Stamm hin. Die Europäische Union lobte der Generalkonsul dafür, in der Ukraine Krise „viel besser reagiert“ zu haben als noch 2008 in Zusammenhang mit Georgien. Trotzdem warnte er: „Die Europäer haben sich daran gewöhnt, in einer Gemütlichkeitszone zu leben. Sie versuchen mit Rußland Schach zu spielen, aber Putin spielt gegen Europa Boxen.“

Der Politikwissenschaftler Dr. Irfan Ortac, Vorsitzender der Christlich-Jesidischen Gemeinde in Deutschland und SPD-Stadtrat im Landkreis Gießen, schlug vor, daß Bayern „wie so oft“ die Initiative übernehmen solle, um Deutschland und Europa wachzurütteln. Sonst werde das christliche und jesidische Leben in Syrien und im Irak erlöschen. Er wolle nicht eines Tages Gäste durch die Ruinen führen und sagen: „Das war eine Kirche, und das war ein Tempel.“ Die Jesiden blickten auf eine mehr als 3000jährige Geschichte als eigenständige Religion in der Region zurück und „bei uns lebten die ersten Christen, nicht in Europa.“ 1800 Jahre hätten in Mossul jeden Tag Kirchenglocken geläutet „und seit 2014 nicht mehr“. Er rief die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie die USA zu energischerem und rascherem Handeln auf: „Schutz zonen sind möglich - warum schafft man sie dann nicht? Bei Ölquellen hat es ja auch geklappt, aber das ist nun einmal Realpolitik.“ Ortac lobte die Paneuropa-Union als eine Organisation, in der man intensive Gespräche führen könne, und solche seien die wichtigste Voraussetzung, um endlich Veränderungen zu erreichen.

Pater Martin Leitgöb, auch Geistlicher Beirat der Ackermann-Gemeinde Sdružení, wies darauf hin, daß die gegenwärtige Situation die eigene Ohnmacht und Ratlosigkeit bewußt mache, aber zumindest bewirke, „daß wir eines nicht mehr können: Gleichgültig sein“. Das sei vielleicht ein Fortschritt, man müsse „den Abschied von der Gleichgültigkeit aber gut hinbekommen“. Der Österreicher appellierte an die Politiker, die Ängste der Menschen nicht nur ernst zu nehmen, sondern sich auch zu bemühen, ihnen die Ängste zu nehmen und Vertrauen zu vermitteln, und beschwor dabei das Bild des Landesvaters. Er mahnte dazu, durch die Wortwahl nicht Ängste zu schüren und beim Reden von Zahlen und Kontingenten nicht zu vergessen, daß jeder Flüchtling ein konkreter Mensch sei. Als Christen hätten wir von unserem Religionsgründer den Auftrag, Menschen in Not zu helfen: „Um den Auftrag kommen wir nicht herum. Wenn wir das nicht tun, sind wir keine Christen, einfach so.“ Zugleich biete die Situation, „wenn wir auf das Evangelium hören, wunderbare Voraussetzungen, selbst zu Heiligen zu werden“, die es in Umbruchszeiten immer in besonderer Weise gegeben habe.

Paneuropa-Pressestelle